



Ein Ausgleichs- und kein Alimentationssystem

Der Kommunale Finanzausgleich in Thüringen soll gerechter gestaltet werden

„Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen ist nicht, wie die CDU immer wieder behauptet, gesunken, sondern unter Rot-Rot-Grün stetig gestiegen“, so der Sprecher für Kommunalfinanzen, Ralf Kalich, in einem jetzt im Landtag stattgefundenen Pressegespräch der Fraktion DIE LINKE zu den Eckpunkten der Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2018 und 2019.

Betrug das Volumen im Jahr 2014 noch unter der CDU-geführten Landesregierung 1,85 Milliarden Euro, so ist es im Jahr 2016 auf 1,901 Milliarden Euro angewachsen und soll im Jahr 2018 auf 1,97 Milliarden Euro steigen. Zudem hätten die Kommunen in diesem Zeitraum Steuermehreinnahmen von 200 Millionen Euro zu verzeichnen.

Einen Tag vor dem Pressegespräch hatte die Landesregierung den entsprechenden Gesetzentwurf in einer ersten Kabinettsberatung behandelt. Dieser liegt nun den Kommunalen Spitzenverbänden zur Bewertung vor. Ende August soll er dann in den Landtag eingebracht werden, damit das Gesetz zum Ende dieses Jahres verabschiedet werden kann. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Wir begrüßen, dass die Landesregierung Veränderungen in der inneren Struktur des Kommunalen Finanzausgleichs vornimmt. Gutachterlich hat sich bestätigt, dass die derzeitige Mittelverteilung nicht sachgerecht ist.“

Frank Kuschel appellierte an die Kommunalen Spitzenverbände und die CDU-Opposition, sich mit den vorliegenden Materialien intensiv zu beschäftigen. Aus seiner Sicht müssen unterschiedliche finanzielle Bedarfe der Kommunen unterschiedlicher Größe in der Hauptansatzstaffel abgebildet werden. „Orte mit wachsender Größe haben wachsende Aufgaben und somit auch einen höheren finanziellen Aufwand“, erläuterte der Kommunalexperte gegenüber den Journalisten. Mit Blick auf die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen der Kommunen in Thüringen machte er nochmals klar, dass der Kommunale Finanzausgleich „ein Ausgleichs- und kein Alimentationssystem ist“.

In einer aktuellen Pressemitteilung hatte zudem das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales dem in der Öffentlichkeit verbreiteten Eindruck widersprochen, dass nur Ge-

meinden mit über 10.000 Einwohnern von den neuen Regelungen profitieren würden und sämtliche Gemeinden unter 10.000 Einwohnern weniger bis gar kein Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten. Denn aufgrund aktueller statistischer Erkenntnisse der Ein- und Ausgabesituation in den Gemeinden wurde u.a. die Hauptansatzstaffel fortgeschrieben. Das hängt mit der zugleich stattfindenden Erhöhung der Finanzausgleichsmasse und damit der Gemeindeschlüsselmasse für das Jahr 2018 sowie u.a. der un-

terschiedlichen Steuerkraftentwicklungen zusammen. Somit werden nach den aktuellen Modellrechnungen laut Ministerium auch 130 Thüringer Städte und Gemeinden unter 10.000 Einwohnern im Vergleich zu 2017 höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Beispielsweise steigen diese deutlich an in Kahla. Die Stadt hat 6.940 Einwohner und kann mit einem Plus von 16 Prozent rechnen. Und Ruhla mit seinen 5.663 Einwohnern erhält sogar 26 Prozent mehr.

Matthias Gärtner ■



Beim Pressegespräch: Ralf Kalich, Sprecher der Linksfraktion für Kommunalfinanzen, und Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Fraktion (v.l.).

Foto: Peter Lahn

CDU mit Klage auf ganzer Linie gescheitert

Zu der seit dem 11. Juli vorliegenden ausführlichen Begründung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zum Urteil über das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform hatte Frank Kuschel erklärt:

„Die CDU ist mit ihren inhaltlichen Gründen in der Klagschrift letztlich auf ganzer Linie gescheitert. Der Verfassungsgerichtshof hat in seiner Begründung keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes vorgebracht. Das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen ist in der Tat lediglich wegen eines formellen Fehlers vom Gerichtshof für nichtig erklärt worden. Es gilt nunmehr, die ausführlichen Hinweise des Gerichtshofs für Neugliederungsgesetze zu analysieren und zu beachten.“

Innenminister Holger Poppenhäger kündigte in etwa vier bis fünf Wochen eine Grundsatzentscheidung an, in welchem Tempo und Umfang das größte Reformprojekt der Koalition weitergeführt werden soll. Nach der Urteilsbegründung der Weimarer Verfassungsrichter könne die Regierungskoalition festlegen, ob die Prämissen für weniger und größere Gemeinden und Kreise beibehalten oder geändert werden. Letztlich gehe es darum, ob das Leitbild zur Gebietsreform beibehalten werde. Der Minister sieht sich durch die Urteilsbegründung in seinem Drängen auf eine Gebietsreform bestätigt. Das Gericht habe deutlich gemacht, dass Thüringen leistungsfähige Gemeinden brauche, damit diese ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung auch wahrnehmen könnten, sagte er. Sein Ministerium und das Kabinett würden weiter alle Voraussetzungen schaffen, um eine Gebietsreform umzusetzen, allerdings mit einem veränderten Zeitplan ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Keine Bevormundung

Wählen gehen zu können, ist ein Menschenrecht. Das gilt in vollem Umfang auch für Menschen mit Behinderungen. So legt es das UN-Abkommen über die Rechte behinderter Menschen in seinem Artikel 29 fest. Das UN-Abkommen ist völkerrechtlich absolut verbindlich für Deutschland, d.h. alle rechtlichen Regelungen in Deutschland, also auch in Thüringen, müssen den Vorgaben des UN-Abkommens entsprechen. Die Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses für Menschen in gesetzlicher „Vollbetreuung“ ist daher längst überfällig und muss so schnell wie möglich passieren – und zwar im Landeswahlrecht und im Bundeswahlrecht.

Die LINKE setzte sich dafür ein, dass bei den kommenden Landtagswahlen, die im Jahr 2019 anstehen, auch Menschen in gesetzlicher Vollbetreuung endlich wählen können. Es ist die – hoffentlich bald überwundene – Arroganz der Nichtbehinderten, die sich derzeit noch anmaßt, darüber zu entscheiden, inwieweit Menschen mit Behinderungen zur Wahlurne zugelassen werden.

Diese Bevormundung muss aufhören, auch behinderte Menschen, also auch in sogenannter „Vollbetreuung“, haben das Recht auf eigenständige politische Entscheidungen und auf gleiche Teilhabe an der Wahlurne. Daher muss darüber hinaus auch das Wahlrecht auf Bundesebene geändert werden. Die rot-rot-grüne Landesregierung sollte entsprechenden Bemühungen im Bundesrat forcieren.

Thüringen hat hier mit Blick auf das in Artikel 2 der Landesverfassung verankerte Nachteilsausgleichsgebot zugunsten von Menschen mit Behinderungen – also auch solchen in gesetzlicher „Vollbetreuung“ – eine besondere Verantwortung, auch auf Bundesebene für die Beseitigung von Diskriminierungen einzutreten. Seit dem Jahr 2010 steht durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ebenfalls fest: Solche Wahlrechtsausschlüsse gegen Menschen in gesetzlicher Betreuung verstoßen auch gegen die – für Deutschland rechtlich verbindliche – Europäische Menschenrechtscharta. Es wäre ein gleichstellungspolitisches Armutszeugnis, wenn noch mehr deutliche „Winke mit dem Zaunpfahl“ notwendig wären. Deshalb: Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse gegen Menschen in Betreuung jetzt! ■